

Die politische Integration im Osten ist der SPD nicht gelungen. Das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt und seine landes- und bundespolitische Bedeutung

von

Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith

Diese Analyse wurde erstellt von der „Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg“ am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg. Mitgearbeitet hat neben den Autoren der Politikwissenschaftler Ingo Geisel.

erschienen in: Frankfurter Rundschau Nr. 97 v. 26.4.2002, S. 7

I.

Fünf Monate vor der Bundestagswahl hat das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen –Anhalt vom vergangenen Sonntag nicht nur die politische Landschaft des ärmsten Bundeslandes von Grund auf verändert. Die Umbrüche in der Wählerschaft um Magdeburg, Halle und Dessau haben über Nacht auch die Wahlkampfzentralen aller Parteien in Berlin zu hektischer Betriebsamkeit versetzt: Der Erdbebenstoß von Sachsen-Anhalt muß möglichst schnell und schlüssig in die auf den 22. September ausgerichteten Wahlkampfstrategien eingefügt werden.

So ist es dann auch wenig erstaunlich, dass die Unionsparteien mit ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber und die Liberalen in den außergewöhnlichen Zugewinnen ihrer Stimmenanteile bereits sichere Vorboten eines neuerlichen Machtwechsels im Herbst sehen. Im Gegensatz dazu versuchen die Berliner Regierungsparteien und vor allem die Sozialdemokraten, ihr Desaster an der Elbe als regionale Scharte umzudeuten, die es – nun mit ordnungsgemäß festgezurrtem Helm – im Herbst auszuwetzen gelte.

Lässt man einmal diese einfachen, teils frohlockenden, teils etwas ratlosen, immer aber taktisch motivierten Kommentare als konditionierte Reflexe der Profis in den Wahlkampfzentralen beiseite, so offenbaren die Wahlergebnisse von Magdeburg ein weitaus vielschichtigeres Bild einer sich bereits im Bannkreis der Bundestagswahl bewegenden ostdeutschen Wählerschaft. Zwar zeigt dieses Bild auch nur einen begrenzten Ausschnitt der

Wählerlandschaft im Osten und ihrer Befindlichkeiten, jedoch zeichnen sich in dieser Teilansicht deutlich auch die Wirkungen all der bundespolitischen Prägekräfte ab, die in wenigen Monaten auch die Entscheidung bei der Bundestagswahl bestimmen werden.

Diese vielschichtige Gemengelage wirft hinsichtlich der Interpretation der Wahlergebnisse drei Fragen von unterschiedlicher Reichweite auf. Welches sind die spezifisch sachsen-anhaltinischen Elemente der Resultate vom Sonntag? Welche darin erkennbaren Probleme gelten darüber hinaus auch in den anderen Ländern Ostdeutschlands? Und schließlich, welche Folgerungen für die Bundestagswahl am 22. September lassen aus den Resultaten in Sachsen-Anhalt ableiten?

II.

Das Debakel der SPD in Sachsen-Anhalt hat zu einem erneuten grundlegenden Wandel der politischen Gewichte in der erst zwölfjährigen Geschichte dieses ostdeutschen Bundeslandes geführt. Stand die erste Legislaturperiode von 1990 bis 1994 noch ganz im Zeichen der bürgerlichen Regierungsverantwortung, erzwang die SPD bereits 1994 mit Hilfe der PDS die erste politische Kehrtwende. Einmalig für bundesdeutsche Verhältnisse leitete der sozialdemokratische Ministerpräsident Reinhard Höppner eine Minderheitenregierung, die von der PDS ohne formalen Koalitionsvertrag toleriert wurde. Nach der Landtagswahl 1998 setzte Höppner die Fortsetzung dieses Experiments gegen den Willen der Parteispitze im Bund durch, die im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 eine ebenfalls mögliche große Koalition in Sachsen-Anhalt favorisierte. Am vergangenen Sonntag haben nun die Wähler dieses „Magdeburger Modell“ unmissverständlich abgewählt und damit eine weitere Wende herbeigeführt. Wiederum haben jetzt die beiden bürgerlichen Parteien CDU und FDP die Chance und angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation auch die Pflicht, das Land endlich voranzubringen.

Das Ausmaß der Veränderungen zwischen den großen Parteien CDU und SPD ist bislang ohne Vergleich: Die SPD rutschte um 15.9 Prozentpunkte auf 20.0 Prozent der Stimmen ab. Im Gegenzug steigerte sich die CDU um 15.3 Prozentpunkte auf 37.3 Prozent und gewann 48 von 49 Wahlkreisen. Lediglich der bisherige sozialdemokratische Innenminister Manfred Püchel konnte sich als Direktkandidat in seinem Wahlkreis Staßfurt durchsetzen. Hinzu kommt ein Zugewinn der FDP von 9.1 Prozentpunkten auf 13.3 Prozent. Als Folge des

flächendeckenden Absackens der Sozialdemokraten liegt die PDS mit 20.4 Prozent der Stimmen inzwischen knapp vor der SPD, wenngleich sie gegenüber der vorausgehenden Wahl einen Verlust von 60.000 Stimmen hinnehmen muss. Offensichtlich konnte sich die PDS aufgrund ihrer nur indirekten Regierungsbeteiligung dem Abwärtssog weitgehend entziehen und sich im Wahlkampf in den Augen vieler ihrer Anhänger als glaubwürdige Oppositionspartei darstellen. Einmal mehr verpassten Bündnis 90/Grüne den Einzug in den Landtag und sind damit weiterhin in keinem der ostdeutschen Länderparlamente vertreten. Die rechtspopulistische Schill-Partei, die bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Herbst 2001 aus dem Stand 19.4 Prozent der Stimmen erzielt hatte, scheiterte an der 5 %-Hürde.

Die Ursachen für diese erdrutschartigen Verluste der bisherigen Regierungspartei sind zunächst vor allem im Bundesland selbst zu suchen. Nirgendwo in Deutschland ist die wirtschaftliche Situation und die anhaltende Arbeitslosigkeit depremierender, nirgendwo haben die Menschen unabhängig von der Parteizugehörigkeit ein solch geringes Vertrauen in die Problemlösungskompetenzen der Politik. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl 1998 ist das Ansehen der SPD und ihres Ministerpräsidenten Reinhard Höppner dramatisch gesunken. Der übliche Amtsbonus der Regierung hat sich diesmal geradezu ins Gegenteil verkehrt, der zum Regieren notwendige Zukunftsoptimismus war aufgebraucht. Profitieren konnten hiervon die bürgerlichen Parteien sowie der christdemokratische Herausforderer Wolfgang Böhmer, trotz seines hohen Unbekanntheitsgrades und auch nur mittlerer Popularitätswerte.

Durchaus bemerkenswert erscheint angesichts des verbreiteten, massiven Frusts über die Politik und desolate Wirtschaftslage das Scheitern der populistischen Schill-Partei an der 5 %-Hürde. 1998 hatten entsprechend negative Stimmungen der rechtsextremen DVU aus dem Stand insbesondere bei jüngeren Wählern noch Stimmenanteile um die 25 Prozent eingebracht. Diesmal erzielten bei den unter 30-jährigen die Christdemokraten ihre höchsten Zugewinne, ebenfalls überdurchschnittlich schnitten die Liberalen ab. Gerade der FDP ist es durch offensives Polit-Marketing und die Inszenierung eines schier unerschöpflichen Selbstbewusstseins offensichtlich gelungen, bei einem erheblichen Teil der 18-35-jährigen in Sachsen-Anhalt als eine Art bürgerliche Protestpartei zum neuen Hoffnungsträger emporzusteigen. Beide Parteien haben somit jetzt die Chance, das in sie gesetzte Vertrauen vor allem auch jüngerer Wählergruppen durch eine solide und erfolgreiche Regierungsarbeit längerfristig zu festigen.

Vor diesem Hintergrund ist also durchaus fraglich, ob der Rückgang der Wahlbeteiligung auf 56.5 Prozent, knapp über den Wert von 1994, allein als Krisenindikator aufzufassen ist. Nach den Wählerwanderungsbilanzen haben diesmal eine große Zahl frustrierter sozialdemokratischer Wähler des Jahres 1998 die Nichtwahl und den Wechsel zu den bürgerlichen Parteien der Unterstützung einer rechtspopulistischen Partei vorgezogen.

Ein eher kümmerliches Dasein fristen in Sachsen-Anhalt weiterhin die Grünen mit einem Stimmenanteil von lediglich 2 Prozent. Sie liegen mit ihren Themen weit neben den politischen Interessen der Menschen in diesem Bundesland. Im Osten fehlen darüber hinaus ganz grundsätzlich noch weitgehend die linksliberalen, bürgerlichen Mittelschichten, die den Grünen im Westen eine Milieuverankerung und somit die sichere politische Existenz oberhalb der 5 %-Hürde sichern.

Aus struktureller Sicht offenbart das Wahlergebnis vom vergangenen Sonntag Kontinuität und Wandel zugleich. Bedeutsam ist zunächst der einmal mehr zu konstatierende Befund, dass die Wählerbindungen im Osten nach wie vor unterentwickelt sind.

Die Pendelbewegungen der Wähler zwischen den entgegengesetzten politischen Lagern in Sachsen-Anhalt seit 1990 verdeutlichen, dass die Parteien mit Ausnahme lediglich der PDS bislang keine gefestigten, quantitativ bedeutsamen Stammwählerschaften aufbauen konnten. So ändern sich die Mehrheiten fast schon von Wahl zu Wahl, und am vergangenen Sonntag drehten sich die Verhältnisse erneut, diesmal zugunsten der CDU und der FDP. Obschon es paradox klingt: Die Kontinuität liegt in dem auch diesmal hier sichtbaren steten Wandel.

Demgegenüber treten in dem Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt erstmals Strukturmuster deutlicher zu Tage, die man als Import altbekannter westdeutscher Konstellationen bezeichnen muß. Bislang war der politische Wettbewerb im Osten stets durch ein Dreiparteiensystem gekennzeichnet. Die in der vergangenen Landtagswahl deutlich gewordenen Frontstellungen in Sachsen-Anhalt ähneln nun erstmals eher dem bekannten westdeutschen Muster der Lagerbildung: die beiden bürgerlichen Parteien CDU und FDP stehen den beiden linken Parteien SPD und PDS – statt Grüne – gegenüber. Vor allem der Union eröffnet der Erfolg der Liberalen somit strategische Optionen und Ausbruchsmöglichkeiten aus ihrer strukturellen Minderheitenposition, zumal laut den

Umfragedaten die Wählerschaften beider Parteien mehrheitlich eine gemeinsame Koalitionsbildung von CDU und FDP befürworten.

III.

In den Wahlergebnissen in Sachsen-Anhalt kommen politische Strukturen und Entwicklungen zum Ausdruck, die für alle ostdeutschen Bundesländer charakteristisch sind. So gehen zunächst die am Sonntag zu Tage getretenen massiven Verschiebungen in den politischen Kräfteverhältnissen auf eine Fluktuation in der Wählerschaft zurück, die ein typisches Merkmal aller neuen Bundesländern, ja, in einem weiteren Sinne aller mittel- und osteuropäischen Transformationsgesellschaften ist. Die Pendelausschläge im Osten sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sich in der DDR bis zur Wende keine Parteienlandschaft etablieren konnte, in der die Parteien sich als politische Fürsprecher und Repräsentanten spezifischer Gruppen, Schichten und ihrer Interessen entwickelten. Dauerhafte Bündnisse etwa mit der Arbeiterschaft oder konfessionellen Gruppen, wie sie sich in der alten Bundesrepublik in den Fällen von SPD und CDU herausbildeten und fortentwickelten, kamen in Ostdeutschland vor 1989 nicht zustande.

Diesem fehlenden Interessenpluralismus und Parteienwettbewerb entspricht zugleich eine signifikant verkürzte Wahlerfahrung bei den einzelnen Wählerinnen und Wählern: Es dauert seine Zeit, bis Wähler überhaupt eine verlässliche Orientierung und Bindung in der Parteienlandschaft finden und pflegen können, und das Jahrzehnt seit der Wende ist auch in dieser Hinsicht keine Ewigkeit.

So bedeutsam der Hinweis auf den in diesem Sinne habituellen Wankelmut der ostdeutschen Wähler ist, so sollte er doch in dreifacher Hinsicht relativiert und ergänzt werden.

Zum einen zeigen Analysen der längerfristigen Entwicklung des Wählerverhaltens in Ostdeutschland, dass sich seit 1990 das Wahlverhalten etwa der Berufsgruppen im Osten kontinuierlich an das Wahlverhalten dieser Gruppen im Westen angeglichen hatte. Erzielte beispielsweise die SPD bei der letzten, aber schon freien Volkskammerwahl von 1990 in der Arbeiterschaft Ostdeutschlands nur magere 22 Prozent, gegenüber einem entsprechenden Stimmenanteil der CDU von 47 Prozent, so hatten sich bei der Bundestagswahl 1998 die

Verhältnisse weitgehend umgekehrt und „normalisiert“. Die Sozialdemokraten lagen nun bei den Arbeitern im Osten mit 39 Prozent klar vor der CDU mit nur noch 27 Prozent. Bei der Landtagswahl vom vergangenen Sonntag drehte sich diese Entwicklung wieder um. Die CDU erzielte 2002 bei Arbeitern und auch Arbeitslosen fast doppelt so hohe Stimmenanteile wie die SPD.

Die Angleichung im Wahlverhalten der Berufsgruppen in den neunziger Jahren verweist zum andern auf den in aller Regel übersehenen Umstand, dass die bislang im Vergleich zum Westen in der Tat deutlich schwächeren Parteibindungen im Osten kein naturgegebener Dauerzustand sind. Einschlägige neuere Studien zur Parteiidentifikation belegen, dass auch unter den besonderen Verhältnissen in Ostdeutschland durchaus feste Bindungen an Parteien entstehen können. Die Wähler im Osten kommen mithin nicht von einem anderen Stern, und ihre Parteibindungen unterscheiden sich in ihrer wahlverhaltensbestimmenden Wirkung in keiner Weise von den Effekten entsprechender Parteibindungen im Westen.

Vor diesem Hintergrund wird der dramatische Einbruch der SPD im Bereich der Arbeiterschaft am vergangenen Sonntag mit dem lapidaren Hinweis auf die für den Osten typischen Fluktuationen nur höchst unzureichend erklärt und zugleich politisch verharmlost. Die sich über zehn Jahre nachvollziehende Vorherrschaft der SPD im Arbeiterbereich ist zumindest in Sachsen-Anhalt wieder weitgehend zusammengebrochen und auf das Niveau von 1990 zurückgefallen. Zugleich ist von den acht Jahre lang in Sachsen-Anhalt regierenden Sozialdemokraten eine nennenswerte und wetterfeste politische Integration ihrer Wähler in ein von der SPD als Landespartei geprägtes politisches Kräftefeld nicht erbracht worden. Demokratietheoretisch betrachtet bezeugen diese fortwährenden Pendelschläge, dass die Parteien als Garanten und Stabilisatoren des pluralistischen, westlichen Demokratiemodells bislang noch nicht die entsprechend notwendige Verankerung in gesellschaftlichen Gruppen und Milieus vorweisen können.

Eine dritte Ergänzung der These von der Wählerfluktuation im Osten ist hinsichtlich der Bewertung dieser Fluktuation als Ausweis einer besonders modernen und rationalen Wählermentalität angebracht. Diese Sichtweise war auch diesmal angesichts der dramatischen Wählerbewegungen in Sachsen-Anhalt in einigen Kommentaren zu vernehmen, die die massenhaften Wählerwanderungen als Zukunftsmodell eines vermeintlich rationalen, an Kandidaten und Sachfragen ausgerichteten Wählerverhaltens auch im Westen anpriesen.

Schon ein flüchtiger Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die das Umfeld der in der Tat rastlos hin und her wandernden Wähler in Sachsen-Anhalt bestimmen, zeigt, dass diese Wählerwanderungen vor allem ein Zeichen wachsender sozialer und kultureller Marginalisierung und progressiver politischer Verunsicherung und mithin ein politisches Krisensymptom sind. Die steten Mehrheitswechsel, das unvermittelte Aufkommen und Verschwinden rechtspopulistischer Parteien und Gruppen, das hohe Niveau der Wahlenthaltung, all dies sind – jenseits kurzfristiger taktischer Opportunitätsabwägungen – Hinweise auf eine fortdauernde Gefährdung der politischen Integration eines nicht unbeträchtlichen Teils der ostdeutschen Wählerschaft. Auch am vergangenen Wochenende konnte man also eher resignierte Wanderer in einer unwirtlichen Parteienlandschaft als moderne und selbstbewusste Repräsentanten des „rational choice“-Prinzips beobachten.

Auch bei der Landtagswahl vom 21. April wurde zusätzlich zu den osttypischen Fluktuationen in der Wählerschaft die Konstellation des Parteienwettbewerbs zum Thema. Diese Konstellation hat Ostdeutschland insgesamt bislang von dem Parteienwettbewerb in den alten Bundesländern unterschieden, auch wenn – wie die Entwicklung der letzten zehn Jahre zeigt – sich diese ursprünglichen ostdeutschen Muster durchaus weiterentwickelt haben.

Herausragendes Kennzeichen dieser ostdeutschen Variante des Parteienwettbewerbs ist die nach wie vor sehr starke Position der PDS. Besetzte die PDS ursprünglich den ideologischen Pol der Vereinigungsskeptiker, der sich im wesentlichen mit dem dichten Aktivisten-Milieu der vormaligen SED und des von ihr gelenkten gesellschaftlichen Organisationsumfelds deckte, stand ihr bis zur Mitte der neunziger Jahre als Gegenpol vor allem die CDU als Partei der Vereinigungsoptimisten gegenüber. Die SPD, die im Unterschied zu den vormaligen Blockparteien der „Nationalen Front“ als Neugründung überdies mit einem bis heute andauernden organisatorischen Defizit zu kämpfen hat, bewegt sich in dieser Konstellation in einer ambivalenten mittleren Position. Diese eröffnet Koalitionsoptionen nach beiden Seiten und birgt zugleich auch die Gefahr in sich, zwischen den beiden entgegengesetzten Polen CDU und PDS aufgerieben zu werden.

Die Sozialdemokraten versuchten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf zwei Wegen, sich aus dieser mißlichen Lage zu befreien. In ihrem Stimmenanteil langsam, aber stetig durch die Angleichung des Wahlverhaltens zwischen Ost und West stärker geworden, entschieden

sie sich in einer ersten Variante für eine Annäherung an die PDS, wie sie in dem Regierungsbündnis in Mecklenburg-Vorpommern und in dem Magdeburger Tolerierungsbündnis in Sachsen-Anhalt ihren Niederschlag fand. Diese Annäherung wurde dadurch erleichtert, dass sich die PDS in den Augen der Wähler, aber auch durch ihre Politik vor Ort, seit Mitte der neunziger Jahre teilweise aus dem Schatten der SED befreite. Zugleich positionierte sie sich als stark wohlfahrtstaatlich orientierte, ostdeutsche Regionalpartei auch erfolgreich für neue und jüngere Wählerschichten. Die SPD versuchte in dieser Variante, sich als ebenfalls im Osten verwurzelte und dem Gerechtigkeitsgedanken verpflichtete Partei mit ostdeutschem Führungspersonal zu profilieren. Sie hoffte, so einerseits aus der Regierungsposition an der Seite und mit der Hilfe der PDS die CDU in der Minderheit zu halten und dabei andererseits zugleich langfristig die auf den Osten beschränkte PDS überflüssig zu machen.

Eine zweite, in Brandenburg vorexerzierte Variante, die durch die beherrschende und integrative Figur von Ministerpräsident Stolpe ermöglicht wurde, bestand in einer Konfrontation mit der PDS. In ihrer Konsequenz wurde eine Große Koalition mit der CDU eingegangen, um allmählich für die SPD über einen langen Regierungszeitraum die Position einer hegemonialen Landespartei zu erringen. Auch hier ist die Schwächung und schließliche Verdrängung der PDS das langfristige strategische Ziel. Damit verbunden ist die Hoffnung, wesentliche Teile der wohlfahrtsstaatsorientierten PDS-Anhängerschaft aufzufangen und dann die CDU aus der Position als Mehrheits- und Landespartei erfolgreich in die Schranken verweisen zu können.

Die Wahl vom vergangenen Sonntag hat beiden Optionen der SPD zur Erringung der Vorherrschaft in Ostdeutschland durch den gemeinsamen Wahlerfolg der CDU und der FDP fürs erste einen empfindlichen Rückschlag versetzt. Obwohl die PDS ihre Bastionen weitgehend verteidigen konnte, war durch den völligen Einbruch der SPD eine Fortsetzung der ersten Variante eines Bündnisses mit der PDS zumindest in Sachsen-Anhalt nicht mehr möglich. Und auch das „Brandenburg-Modell“ einer CDU-SPD-Koalition scheiterte an der sich urplötzlich eröffnenden Option einer bürgerlichen Lagerbildung nach klassisch westdeutschem Zuschnitt. Es wird für die weitere Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Ostdeutschland von entscheidender Bedeutung sein, ob sich das gute Abschneiden der FDP in Sachsen-Anhalt in Zukunft als Eintagsfliege oder aber als dauerhafter Bestandteil ostdeutscher Wahlergebnisse erweist.

IV.

Die bundespolitischen Signale der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sind ausgesprochen ambivalent. Ihre Bedeutung erlangen die Ergebnisse vom vergangenen Sonntag zunächst durch die schiere Tatsache, dass bis zur Bundestagswahl am 22. September keine weiteren überregionalen Wahlen mehr stattfinden. Das Debakel der SPD wird somit in Erinnerung bleiben, auch wenn bei der Erklärung landesspezifischen Gründen ein hoher Stellenwert zukommt. Der Bundeskanzler ist bei seinem erklärten Ziel, den Osten als Chefsache sichtbar voranzubringen, kaum einen Schritt weiter gekommen. Die verbreiteten Frustrationen in der Wählerschaft spiegeln eher einen Abschwung, zumindest aber eine Verfestigung der prekären wirtschaftlichen Situation wider. Die notwendigen Strukturreformen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen kommen kaum voran. Von einem Stimmungsumschwung, einer zunehmenden Aufbruchs- oder gar Euphoriestimmung ist im Osten nichts zu spüren.

Mindestens genauso schwer wiegt für die Sozialdemokraten, dass es ihnen im Verlauf der letzten zehn Jahre in den ostdeutschen Bundesländern trotz unterschiedlicher Strategien nicht gelungen ist, breite Wählerschichten dauerhaft zu binden. Diese politische Integrationsaufgabe wäre im übrigen durchaus ein Teil der Chefsache des Parteivorsitzenden Schröder.

Bedenklich für die politische Kultur und Stabilität in Deutschland erscheint hierbei vor allem, dass auch die Christdemokraten aus dieser Schwäche bislang keinen dauerhaften Profit ziehen konnten. Gerade die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt stellt alles andere als den Startpunkt eines christdemokratischen Siegeszugs dar. Die Wählerinnen und Wähler haben in erster Linie eine Regierung abgewählt, ohne dass die bürgerliche Konkurrenz in ihren Augen zunächst wesentlich mehr zu bieten hat. Der neue Ministerpräsident Wolfgang Böhmer steht nun in der Bringschuld. Angesichts seines betont nüchternen und besonnenen Naturells und seines unpräntiösen Auftretens hat er jedoch große Chancen, die vielschichtigen Stimmungen seiner Landleute angemessen aufzunehmen und politisch umzusetzen. Inwieweit die demonstrative, teils überdrehte Animationsshow der Liberalen hierbei hilfreich sein kann, bleibt abzuwarten.

Der neuen Regierung in Magdeburg muss die schwierige doppelte Aufgabe gelingen, die Probleme besser in den Griff zu bekommen und eine endgültige Entfremdung der Wähler von der Politik zu verhindern. Große Teile der ostdeutschen Wählerschaft verharren in einer skeptischen Haltung gegenüber pluralistischem politischem Wettbewerb.

Wahlentscheidungen fallen unter rasch wechselnden, von augenblicklichen Konstellationen geprägten Gesichtspunkten. Die Politik muss endlich den Mut und das Geschick aufbringen, den Widerspruch zwischen den hohen sozialstaatlichen Sicherheitserwartungen der Menschen in Ost und West und der Notwendigkeit, die knapperen Mittel zielgerichteter einzusetzen zu müssen, konzeptioneller anzugehen und klarer zu thematisieren.

Die durch den schleichenden Umbau und die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme freigesetzten Ängste vor sozialer Kälte und einem grundlegenden Wandel der Lebensbedingungen haben bereits die letzte Bundestagswahl geprägt und entscheidend zur Abwahl der Regierung Kohl beigetragen. Diese Ängste sind durch die Politik der rot-grünen Bundesregierung in den letzten vier Jahren nicht abgebaut worden.

Inzwischen haben große Teile der Bevölkerung realisiert, dass mit diesem Umbruch grundlegende Fragen der Verteilung und der sozialen Gerechtigkeit verbunden sind. Keine noch so ausgeklügelte Marketingstrategie kann letztlich davon ablenken, dass die Menschen in diesen zentralen Punkten gerade im Wahljahr richtungsweisende Antworten verlangen.